

# MANIFEST FÜR GERECHTIGKEIT

Es ist genug für alle da!

Arbeitslosigkeit ist die ärgste Vergeudung menschlicher Fähigkeiten!

Nicht ‚das Geld arbeitet‘, sondern der Mensch!



Katholische Kirche  
in Österreich

## Soziale Gerechtigkeit ist Basis für Frieden und Freiheit

Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Situation 2010 wollen wir als Arbeiterkammer, ÖGB und Kath. Kirche OÖ das gesellschaftliche Leitprinzip der Gerechtigkeit in Erinnerung rufen und einfordern. Eine Gesellschaft bietet nur dann die Grundlage für ein gutes Leben für alle, wenn sie fair gestaltet ist und allen eine gerechte Teilhabe an den erwirtschafteten Gütern ermöglicht. Insbesondere gilt dies für die Arbeitswelt. Arbeit ist ein Menschenrecht, sie muss daher fair verteilt, sinnstiftend, allen zugänglich und existenzsichernd sein. Eine solidarische Absicherung ist Grundbedingung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden, und damit eine wesentliche Grundlage der Demokratie.

„Soziale Gerechtigkeit kann nur in einer Situation des Friedens hergestellt werden, umgekehrt können Frieden und Stabilität langfristig nur durch die gerechte Wohlstandsverteilung gesichert werden.“  
(ÖGB-Grundsatzprogramm, Juli 2009)

einer fehlgeleiteten Wirtschaftsweise mit deren dahinterliegenden Strukturen.

„Wo der Markt sich selbst überlassen bleibt, entsteht Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und Beteiligungschancen.“  
(Ökumenisches Sozialwort)

Österreich gehört zu den zehn reichsten Ländern der Welt. Gewinne und Vermögenserträge wuchsen in den letzten Jahren doppelt so schnell wie Lohn Einkommen. Dennoch zahlen Arbeitnehmer/-innen und Konsumenten/-innen rund zwei Drittel aller Steuern, während Unternehmen und Vermögende immer weniger zur Gemeinwohlfinanzierung beitragen.

**Immenser Reichtum** konzentriert sich an der wohlhabenden Spitze. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens. Vom Geldvermögen hat allein das oberste Promille (= 0,1 Prozent) genau so viel angehäuft, wie die ganze „untere“ Hälfte der Bevölkerung gemeinsam hat. Zugleich müssen mehr als eine Million Menschen von einem Einkommen (inkl. Sozialleistungen) unterhalb der Armutsgrenze leben, und 500.000 Menschen in akuter Armut.

„Die Marktwirtschaft schafft aus sich selbst heraus weder soziale Gerechtigkeit noch soziale Sicherheit. Sie garantiert weder ausreichend Erwerbsarbeit noch Bildungschancen für alle oder eine gerechte Vermögensverteilung.“ (ÖGB-Grundsatzprogramm, Juli 2009)

## „Freier“ Markt verursacht soziale Schieflage

Die Wirtschaftskrise wurde ausgelöst durch den Crash auf den Finanzmärkten 2008. Mit Schuld daran war, dass die Einkommen immer ungleicher verteilt sind und dass öffentliche Dienstleistungen privatisiert, die Finanzmärkte dereguliert sowie die Vermögenden entlastet wurden. Die gravierenden sozialen und ökonomischen Widersprüche der Lebens- und Arbeitswelt sind nicht etwa dem Versagen Einzelner zuzuschreiben, sondern

„Der Sozialstaat ist Voraussetzung dafür, dass die Werte von Individualität und Freiheit nicht nur ein Privileg der Einkommensstarken und Vermögenden sind, sondern allen Menschen zukommen.“  
(Ökumenisches Sozialwort)

„**Working poor**“ sind in Österreich traurige Realität: 2008 waren fast 250.000 Erwerbstätige armutsgefährdet, 129.000 sogar trotz Vollzeit. Über 300.000 Menschen waren 2009 arbeitslos, zugleich leisten 700.000 bis 800.000 Beschäftigte Woche für Woche Millionen, teils unbezahlte, Überstunden.

Quellen: Statistik Austria, Sozialministerium, Österreichische Nationalbank, AK OÖ

## Politik für ein menschengerechtes Wirtschaften und ein gutes Leben!

Gemeinsam treten wir ein für eine Politik, die sozialen Zusammenhalt fördert, Ausgewogenheit bei der Gemeinwohlfinanzierung herstellt und für mehr Balance zwischen Arbeitszeit und freier Zeit sorgt. Zielgerichtete, nachhaltige Investitionen sind die ökonomische Basis zur Überwindung der Krise und ermöglichen eine gerechtere Zukunft.

## Katholische Kirche, Gewerkschaft und Arbeiterkammer fordern:

### Steuergerechtigkeit und soziale Sicherheit schaffen!

- gerechte Beiträge von Vermögen und Gewinnen zur Gemeinwohlfinanzierung
- Steuerentlastung bei Lohn Einkommen
- Existenzsichernde Sozialleistungen

### Arbeit fair teilen und Arbeitslosigkeit verhindern!

- Ausgewogene Verteilung der Arbeit: kürzere Vollzeit, weniger Überstunden und adäquate Teilzeitangebote mit existenzsichernden Löhnen
- Investitionen zur Schaffung dauerhafter und guter Arbeitsplätze

### Soziale Infrastruktur und soziale Dienstleistungen qualitativ ausbauen!

- Mehr Lebensqualität in allen Regionen und neue, bezahlte, lokale Arbeitsplätze durch bedarfsgerechten Ausbau in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, Pflege und Kultur
- Verwirklichung des Rechts auf Arbeit - mit existenzsichernden, sinnstiftenden und würdigen Arbeitsbedingungen.

„Aufgabe der Politik ist es, durch Bereitstellung einer allen zugänglichen Infrastruktur, durch eine ausgleichende Steuer- und Sozialpolitik, durch rechtliche Regelung von Arbeit und Wirtschaft dafür zu sorgen, dass alle Menschen einen gerechten Anteil an den gemeinsam erwirtschafteten Gütern und Leistungen erhalten und menschenwürdig leben können.“  
(Ökumenisches Sozialwort)

Linz, am 8. Juni 2010

Johann Kalliauer  
Präsident der AKOÖ  
und ÖGB-Landesvorsitzender

+ Ludwig Schwarz SDB  
Diözesanbischof von Linz